

Zürich, 14. Dezember 2022

Fraktionserklärung SVP zu FAP und Budget

Das Budget 2023 weist einen Aufwandüberschuss von CHF 173.5 Millionen Steuerfranken aus. Der Aufwand sprengt zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt Zürich die 10 Milliardenengrenze. Gegenüber der Rechnung 2021 soll sich das Fremdkapital von CHF 4,765 Milliarden um zwei Milliarden erhöhen. Bislang hatte der Stadtrat bei seiner Zockerei Glück, die Zinsen waren tief und die Wirtschaft lief gut. Die Steuereinnahmen sind, vor allem wegen den Steuern der Grosskonzerne, mit CHF 3.4 Milliarden budgetiert. Dies entspricht einer Zunahme von CHF 300 Millionen. Dies verleitet den Gemeinderat dazu, den Ausgabenüberschuss in der Budgetdiskussion mit zusätzlichen Ausgaben zu verschlechtern.

Während die Ausgaben sich nur langsam reduzieren lassen, können die Einnahmen über Nacht wegbrechen – gegen ein solches Szenario ist der Stadtrat mit seinem Budget nicht gewappnet. Er wird alle nicht budgetierten Risiken in Nachtragskrediten nachfordern – notfalls mit Steuererhöhungen.

Die im Finanz- und Aufgabenplan (FAP) genannten Einflussfaktoren auf die finanzielle Entwicklung der Stadt Zürich benennen die wichtigsten Gefahren. Diese werden vom Stadtrat viel zu optimistisch berücksichtigt. Während der Einfluss der Entwicklung im Bevölkerungswachstum noch gut abschätzbar ist, wird die wirtschaftliche Entwicklung beschönigend dargestellt. Steigende Zinsen, die Teuerung, der Zustand der Weltwirtschaft und die allgemeine wirtschaftliche Lage der Schweiz werden eindeutig zu wenig berücksichtigt. Die Klimathemen werden auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat viel mehr Steuergelder kosten als es der Stadtrat wahrhaben will.

Die SVP sieht deshalb im Budget der Stadt hohe Budgetierungsrisiken. Der CS und anderen Firmen geht es nicht gut und Steuerausfälle sind zu befürchten. Angesichts der historischen Wirtschaftskrise, einer Inflation mit einem 30-Jahre-Hoch und dem Prämienschock bei den Krankenkassen im Kanton Zürich von 7,1 Prozent, leidet der Mittelstand.

Das Fremdkapital von rund CHF 4.7 Milliarden soll angesichts steigender Zinsen abgebaut werden und nicht um fast zwei Milliarden zunehmen. Das Eigenkapital von rund CHF 1.8 Milliarden soll nicht weiter verschleudert werden, um künftige unvorhergesehene Ausgaben abdecken zu können.

Die SVP sieht mit grosser Besorgnis auf die stark steigenden Kosten im Sozialdepartement auf Grund der starken Zuwanderung und dem Schuldepartement auf Grund der hohen Kosten bei den Tagesschulen. Auch die beschlossenen und budgetierten Ausgaben für Netto-Null bis 2040, die Ausgaben für Hitzeminderungsprojekte, den flächendeckenden Heizungersatz oder Tempo 30 werden Kosten und Folgekosten generieren, die von den nachfolgenden Generationen zu zahlen sein werden.

Nur durch eine radikale Effizienzsteigerung der Verwaltung können die Finanzen der Stadt Zürich auch mittelfristig im Lot bleiben.

Weitere Auskünfte:

Fraktionspräsident Samuel Balsiger, 076 241 75 76